



# Mehr Umweltschutz wählen

„Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa“, hieß früher das Motto für die Besetzung von Brüsseler Posten. Denn in die fernen Institutionen der nicht so ernst genommenen Europäischen Union (EU) wurden gerne ungeliebte oder ausgediente nationale Politiker versetzt. Heute ist dieser Spruch nicht mehr zu hören, da Einfluss und Macht der EU sehr viel stärker geworden sind. Ein Großteil der nationalen Politik wird mittlerweile von der EU bestimmt und dabei spielt das Europäische Parlament eine bedeutende Rolle.

Die Wahl des neuen Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009 ist wichtig – gerade für die Umweltverbände. Denn im Umweltbereich haben über 80 Prozent der nationalen Umweltgesetzgebung ihren Ursprung in Brüssel, und fast alle Änderungen im deutschen Umweltrecht werden derzeit durch die Europäische Union angestoßen.

Mit etwa zwei Jahren Zeitverzögerung treffen die neuen EU-Regeln im öffentlichen Bewusstsein in Deutschland ein – doch dann ist es schon zu spät, um die Inhalte wirklich zu beeinflussen. Wer Einfluss auf die deutsche Umweltpolitik nehmen möchte, sollte den Blick nach Brüssel richten und die dortige Arbeit verfolgen bzw. selbst tätig werden und vor allem am 7. Juni wählen gehen. Denn in der Europapolitik werden in allen Bereichen der Umweltpolitik, z. B. im Naturschutz, bei Luftreinhaltung, Wasser- oder Tierschutz die Weichen gestellt. Zudem ist der Einfluss der deutschen ParlamentarierInnen im EU-Parlament erheblich, stellen sie doch mit 99 Abgeordneten knapp ein Siebtel der 736 Abgeordneten und damit einen großen Anteil der 369 benötigten Stimmen für eine Annahme in zweiter Lesung.

In der gesamten EU mit 27 Mitgliedstaaten sind rund 375 Millionen EU-BürgerInnen wahlberechtigt. Das alle fünf Jahre gewählte Europäische Parlament (EP) repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt. Das EP ist die einzige Institution, die in direkter Weise die europäischen Bürgerinnen und Bürger re-

präsentiert. Insbesondere während der letzten fünfzehn Jahre ist die bedeutende Rolle, die das Parlament innerhalb der EU-Entscheidungsprozesse einnimmt, stetig gewachsen. Nicht nur bei den meisten Gesetzen darf es inzwischen mitbestimmen, auch beim Haushalt und der Mittelvergabe der verschiedenen Förderprogramme werden die Abgeordneten beteiligt.

Außerdem kann das Europaparlament durch die Ratifizierung der Ernennung des Kommissionspräsidenten und die Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder mitbestimmen, wer auf leitenden Posten in der EU-Kommission sitzt. Im schlimmsten Fall kann das Parlament der Kommission das Misstrauen aussprechen – allein die Androhung hat sich in der Vergangenheit als wirksam erwiesen.

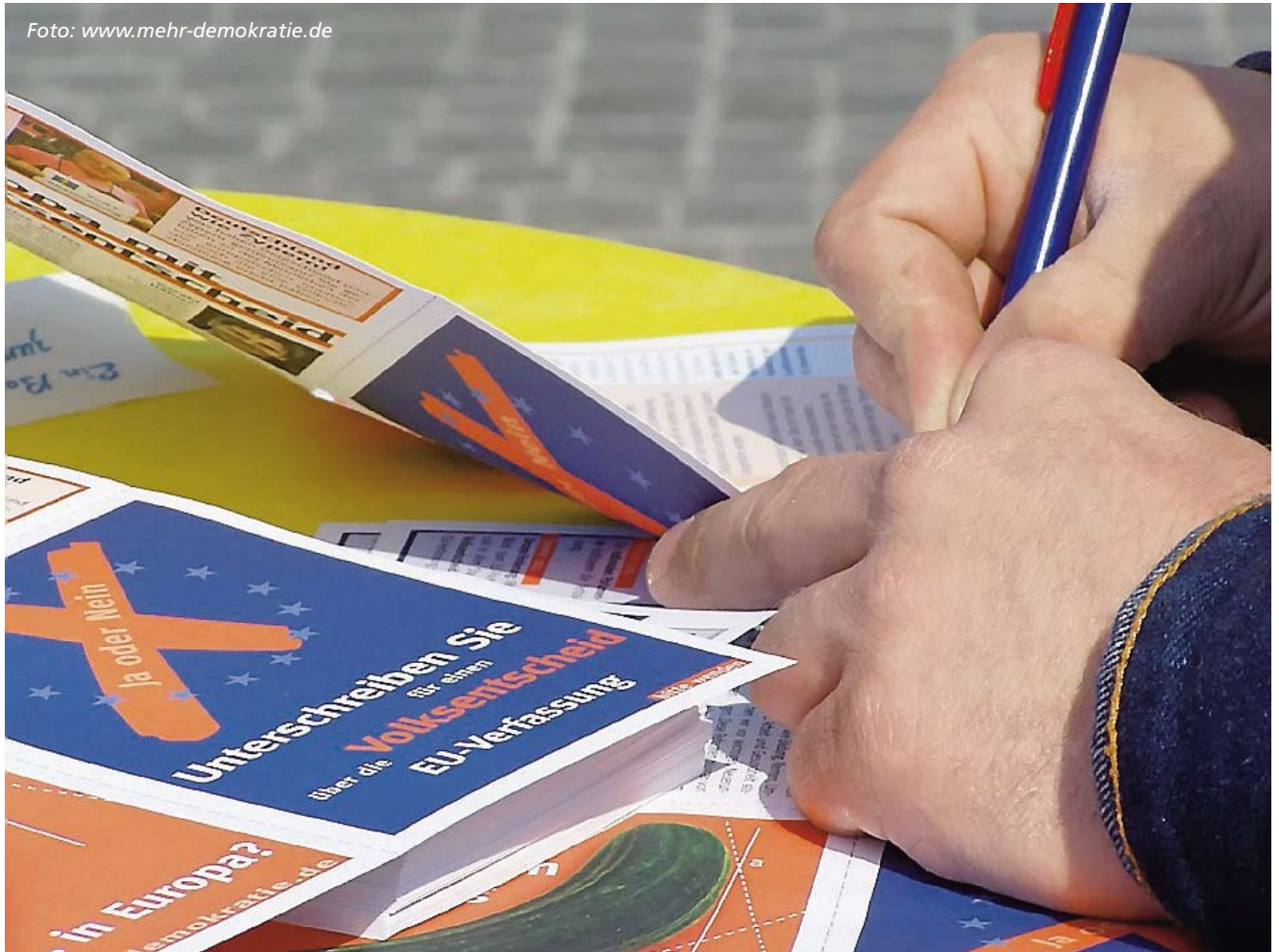
Doch bedauerlicherweise spiegeln sich die Macht und der Einfluss von Europa und dem europäischen Parlament nicht im Verhalten der Wähler nieder. Bei der letzten Europawahl 2004 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei 43 Prozent. In Belgien dagegen bei 90,8, auf Malta bei 82,4 Prozent. Im Durchschnitt beteiligten sich 45,6 Prozent der EU-Europäer an der Wahl.

## Umweltpolitik in Europa

Die Umweltpolitik ist nicht nur ein Bereich, auf den die BürgerInnen große Erwartungen in Bezug auf die europäische Ebene setzen. Sie ist auch eines der Politikfelder, auf den das Parlament entscheidenden Einfluss hat – in erster Linie in Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union, dem Ministerrat. Und sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, wird das Europäische Parlament durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens

*Fast alle Umweltgesetze werden inzwischen von Brüssel angestoßen. Deshalb ist es wichtig, am 7. Juni zur Europawahl zu gehen!*

Foto: argusSchwarzbach



*Mit dem Lissabon-Vertrag tritt ein wichtiges, neues Instrument für mehr Bürgernähe in Kraft: das Europäische Volksbegehren*

in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Handel und Kohäsionspolitik sowie durch die Vergrößerung der haushaltspolitischen Befugnisse weiter an Einfluss gewinnen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist das Europäische Parlament in einer noch stärkeren Position, um den Umweltschutz und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Umweltthemen bedürfen aus einem weiteren Grund der besonderen Aufmerksamkeit der EU-ParlamentarierInnen: Trotz der bereits existierenden europäischen Umweltpolitik ist der Zustand von Natur und Umwelt besorgniserregend! Die Berichte der Europäischen Umweltagentur sind eindeutig: Die Situation der wild lebenden Tiere und Pflanzen verschlechtert sich zunehmend, die Klimaveränderung schreitet fort, die Fischbestände sind erschöpft, Bodenerosion und Wüstenbildung beherrschen bereits ganze Regionen der EU, schädliche Chemikalien bedrohen die Menschen.

### Umwelt – was steht an in den nächsten fünf Jahren?

Ein Weitermachen wie bisher ist nicht möglich. Es wird entscheidend sein, dass das EP während der nächsten Legislaturperiode eine klare Verpflichtung für die Umwelt eingeht – als Investition in die Zukunft. Die EU-ParlamentarierInnen müssen weiterhin umweltpolitische Führungsstärke zeigen: aufbauend auf die bereits getroffenen bedeutenden Umweltgesetzgebungen bezüglich der Naturschutz-, Wasser- und Klimapolitik, der Luftreinhaltung, des Umwelthaftungsrechtes, der Gesetzgebung über genetisch veränderte Organismen, dem Abfallmanagement und dem Umweltinformationsrecht. Das Parlament muss effektive Regelungen schaffen, um sicherzustellen, dass all seine politischen Entscheidungen umweltverträglich sind.

Der zukünftige Erfolg der EU wird von der Stärke ihrer ökologischen Visionen abhängen. In Zeiten der Ressourcenknappheit und des ökologischen Zusammenbruchs heißt Sicherheitspolitik Klimastabilität und sichere Wasserversorgung. Frieden wird mit effizienter Energiegewinnung aus Wind- und Sonnenkraft erreicht. Dadurch werden Länder unabhängiger von den endlichen Energieressourcen.

Nahrungsmittelsicherheit hängt von einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft ab. Damit kommt dem Schutz der Ökosysteme eine hohe Bedeutung für Lebensqualität und wirtschaftlichen Wohlstand zu. Die EU muss eine führende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene einnehmen. Sie muss ihr aktuelles Konsumverhalten, ihre

Produktionsmuster und ihr Transportverhalten ändern sowie einen niedrigeren Energie- und Ressourcenverbrauch in der Wirtschaft erreichen.

Die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 ist ein entscheidender Zeitpunkt, um der Welt eine neue EU-Vision zu präsentieren: eine Agenda, die nicht auf Ängsten, Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme basiert, sondern auf den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität, Respekt vor Menschenrechten sowie Natur- und Umweltschutz.

### Bürgerfernes Europa

Obwohl die Bürger seit 30 Jahren ihre Vertreter im Europaparlament direkt wählen können, machen sie in den meisten Mitgliedstaaten und auch in Deutschland von ihrem Wahlrecht immer weniger Gebrauch. Offensichtlich sind Europa und die Institutionen in Brüssel zu weit von den Menschen entfernt. Immer wieder wird beklagt, wie wenig die Bevölkerung über die Zusammenhänge und die Wirkungsweise von Rat, Parlament, Kommission oder Europäischem Gerichtshof weiß.

Dieses Informationsdefizit hat viele Ursachen und wäre mit ernsthaftem politischen Willen zu beheben. Fast alle Städte und größere Gemeinden in Deutschland praktizieren Städtepartnerschaften, meistens in den Mitgliedstaaten der EU. Hier gäbe es einen guten Anknüpfungspunkt, um bereits im Kindergarten, später in Schulen und anderen Einrichtungen auf die europäische Idee und die Arbeitsweise der EU in geeigneter Weise einzugehen. Eine schöne Aufgabe auch für die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung!

Einen Hinweis für die nach wie vor vorhandene große Distanz der BürgerInnen zur EU bieten auch die derzeitigen aktuellen Überlegungen der Freien Wählervereinigung, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Die Widersacher der Europawahl innerhalb der Organisation befürchten, dass man sich durch die Teilnahme an den Europawahlen zu weit von lokalen Themen und den Bedürfnissen der Bürger entfernt!

### System der organisierten Unverantwortlichkeit

Zum Desinteresse der Bürger trägt das System der „organisierten Unverantwortlichkeit“ in der EU bei (Brendle, Hey). Dabei versucht jeder der Akteure, Verantwortlichkeiten auf andere zu schieben. So verweisen nationale Minister bei unpopulären Entscheidungsprozessen im Ministerrat angesichts mangelnder Transparenz gerne auf die entscheidende Rolle Brüssels, obwohl sie doch die Entscheidung selbst häufig herbeigeführt haben. Werden aber populäre Entscheidungen in Brüssel getroffen, so wird der Erfolg von den Regierungen der Mitgliedstaaten als eigener Erfolg verbucht und vermarktet.

Hinzu kommt die zu wenig offene Informationspolitik der EU-Kommission, die allzu sehr die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und traditionellem Wirtschaftswachstum betont. Die personell unterbesetzte Generaldirektion Umwelt kann hieran wenig ändern. Häufig ist daher das Europaparlament Gralshüter von Umweltschutzinteressen. Zunehmend kann das Parlament diese Interessen, etwa zuletzt bei der Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden, gegenüber Kommission und Rat durchsetzen. Für die Umweltverbände ist daher ein starkes Europaparlament besonders wichtig. Dazu gehört auch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen.

Hinzu kommt, dass immer noch zu viele Experten der deutschen Umweltverbände in erster Linie auf nationaler Ebene arbeiten und sich zu wenig um die Vorgänge auf EU-Ebene kümmern – meist erst dann, wenn die Grundsatzentscheidungen in Brüssel schon längst gefallen sind. Wichtige Ausnahme ist die Mitwirkung des politischen Direktors von Euronatur, Lutz Ribbe, der als Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses häufig als Berichterstatter zu wesentlichen Themen in Erscheinung tritt.

### Neue Hoffnungen

Nach dem hoffentlich bald absehbaren Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages kann durch ein neues Instrument, das Europäische Volksbegehren, eine

wichtige Brücke zum Bürger geschlagen werden. Bei Vorliegen von mindestens einer Million gültiger Unterschriften der Bürger innerhalb der EU-Mitgliedstaaten muss die EU-Kommission die Behandlung bestimmter Themen aufgreifen.

Interesse und Beteiligung an der Europawahl könnten entscheidend gesteigert werden, wenn es zu einem neuen großen Reformprojekt in Europa käme. Nach der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung wäre die Gründung einer „Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien“ ein eindrucksvolles Signal für das gemeinsame Handeln einer nachhaltigen Entwicklung Europas. Die Umweltverbände sollten bei der bevorstehenden Europawahl versuchen, diese Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien zum Wahlkampfthema zu machen.

*Dr. Helmut Röscheisen ist seit 1980 beim Deutscher Naturschutzring tätig und heute sein Generalsekretär. Er ist Dipl.-Kaufmann, Magister der Verwaltungswissenschaft und Assessor und hat 2005 an der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Uni Bochum promoviert. Kontakt: Tel. +49 (0)228/359005, Fax -96, E-Mail: [Deutscher.Naturschutzring@dnr.de](mailto:Deutscher.Naturschutzring@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)*

*Bjela Vossen leitet die EU-Koordination des DNR. Die Diplom-Biologin arbeitet seit 17 Jahre freiberuflich als naturschutzfachliche Gutachterin und seit fast fünf Jahren für die EU-Koordination. Kontakt: Marienstr. 19/20, 10117 Berlin Tel. +49 (0)30/6781775-85, Fax -80, E-Mail: [bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de) [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)*

Quelle:  
*Wahlen ohne Wähler. Vom Dilemma des Europaparlaments. Themenheft des Forschungs-journals Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, 2009*

Weitere Informationen:  
*Christian Hey, Uwe Brendle, Umweltverbände und EG : Strategien, Politische Kulturen und Organisationsformen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, S. 685*